

REGIERUNGSRATSWAHL (2) Johannes Zollinger (EVP, neu)

Christlicher Pragmatiker hofft auf Wunder

Im Stadtrat von Wädenswil ist Johannes Zollinger (58) eine bewährte Kraft, im Kantonsrat ein Hinterbänkler. Trotz viel Exekutiverfahrung sind seine Wahlchancen gering.

Von Stefan Häne

Wädenswil. – Er sagt es, als wäre es das Selbstverständliche der Welt. «Natürlich glaube ich an Wunder.» EVP-Kantonsrat Johannes Zollinger, regelmässiger Kirchgänger und krasser Aussenseiter bei der bevorstehenden Wahl, will das Unmögliche schaffen: den Einzug in den Zürcher Regierungsrat.

Zum Gespräch lädt er in ein stilvolles Café in Zürich. Perfekt sitzendes Jacket, fein säuberlich frisiertes Haar, gesunde Gesichtsfarbe: Zollingers Erscheinung ist angenehm – aber unauffällig. Weder die Kellnerin noch einer der Gäste scheinen ihn zu erkennen. Zufall ist das nicht. Ausserhalb von Wädenswil kennt man Zollinger kaum. Vor zwei Jahren erbt der Wädenswiler den Kantonsratssitz des abgetretenen Kurt Schreiber. Farbe in die kantonale Politik hat er bislang kaum gebracht; im Rat gehört er nicht zu den tonangebenden Kräften. Zollinger sei zwar ein angenehmer Mensch, höflich und korrekt, heisst es von links bis rechts; als Politiker jedoch habe er wenig Strahlkraft. Er scheue sich, klar Position zu beziehen, sei weder angriffslustig noch innovativ.

Im Lokalen dank Volksnähe populär

Entsprechend karg ist Zollingers Leistungsausweis im Kantonsrat. Es sei eben schwierig, in der Politik grosse Würfe zu machen, sagt er dazu. Für ein wenig Aufsehen gesorgt hat der Bildungs- und Familienpolitiker im letzten Herbst mit einem Postulat; darin verlangt er einen Vaterchaftsurlaub für kantonale Angestellte von mindestens zehn Tagen – ein exemplarischer Vorstoss für den EVP-Vertreter. In der Familienpolitik steht er links der Mitte, in der Gesellschaftspolitik hingegen eher rechts davon; Abtreibungen zum Beispiel lehnt Zollinger ab.

So durchzogen seine Bilanz als Kantonsrat ausfällt: In Wädenswil, wo er seit zehn Jahren als Stadtrat und Schulpräsident agiert, leistet er insgesamt gute Arbeit. Seine grösste Niederlage erlitt er jedoch ausgerechnet bei einem Projekt, für das er sich stark eingesetzt hatte: Der geplanten Fusion der Primar- und Oberstufenschule erteilte der Souverän im Herbst 2005 eine Abfuhr. Seine Popularität sackte jedoch nicht ab, im Gegenteil: Bei den Stadtratswahlen vor einem Jahr wurde Zollinger mit dem klar besten Resultat im Amt bestätigt. Zollingers Beliebtheit im Lokalen erklärt sich zu einem guten Teil mit seiner Persönlichkeit: Aufgewachsen in einfachen Verhältnissen auf einem Wädenswiler Bauernhof, haftet ihm etwas Bodenständiges an. Er zeigt sich bürgerlich, ist offen für neue Ideen, auch dann, wenn sie vom Gegner kommen. Nicht zufällig fungiert er im Stadtrat als Brückenbauer, der zerstrittene Lager zusammenführen kann.

Keine medialen Selbstinszenierungen

Dass er kein starrer Verfechter seiner Politik ist, liegt in seinem Glauben begründet. Als klassischer EVPLer politisiert Zollinger auf der Grundlage des Evangeliums. Wer sich freiwillig an Gott binde und Demut praktiziere, sagt er, werde sich nicht der gefährlichen Illusion hingeben, er wisse alles ganz genau und immer besser als andere. «Politik ist nicht der Weisheit



Johannes Zollinger vor der Standestafel von 1567 im Festsaal des Rathauses. BILD THOMAS BURLA

Johannes Zollinger über ...

Millionensaläre: «Zeugen von Rücksichtslosigkeit und deshalb sozial gefährlich.»

Flughafen: «Er muss so betrieben werden, dass ihn die Bevölkerung mitträgt.»

Klimaerwärmung: «Wir müssen alles daransetzen, um das Klima besser zu schützen.»

Islamisierung: «Es kann gefährlich sein, wenn wir unsere Wurzeln nicht mehr kennen.»

Christoph Blocher: «Eine markante, herausfordernde Persönlichkeit.»

Sepp Blatter: «Fifa-Präsident, ein begnadeter Selbstdarsteller.»

Gabi Petri: «VCS-Geschäftsführerin, sehr engagiert.»

Ingrid Deltenre: «Kein Kommentar.»

ZUR PERSON

Johannes Zollinger

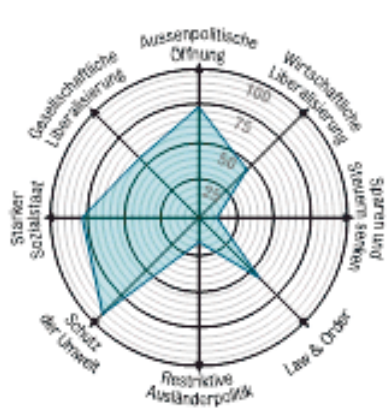
Johannes Zollinger politisiert seit zwei Jahren im Kantonsrat, parallel dazu ist er in Wädenswil Stadtrat und Schulpräsident, dies seit zehn Jahren. Nach einer Lehre bei den SBB als Stationsbeamter und einer Weiterbildung zum Spitalverwaltungsfachmann arbeitet er mittlerweile als selbstständiger Treuhänder. Seine politische Tätigkeit begann Zollinger 1986 in der Primar- und Sekundarstufe. Aufgewachsen ist er in Wädenswil, er ist verheiratet mit Heidi Hunziker und Vater von zwei verheirateten Töchtern. In seiner Freizeit fährt Zollinger Velo und hört Gospelmusik. (sth)

letzter Schluss.» Solche besonnenen Worte drohen im lauten Wahlkampf unterzugehen, zumal Zollinger sich in den Medien nicht gekonnt ins Szene zu setzen weiss. Wenn andere poltern, schweigt er, er relativiert, wenn andere übertreiben. Medial gesehen, mag es nachteilig sein, die Polemik zu scheuen und stattdessen die Differenzierung zu pflegen; in einem Exekutivamt hingegen ist es dies nicht – Pragmatismus statt Populismus. Vor diesem Hintergrund wird klar, weshalb Zollinger mehr als nur eine Fussnote im Wahlkampf sein könnte: Als Konsenspolitiker ohne Hang zur Selbstdarstellung ist er für all jene wählbar, die genug haben von den Hahnen- und Hennenkämpfen im Regierungsrat. Als Vertreter der politischen Mitte könnte er zudem die Links-rechts-Polarisierung in der Regierung entschärfen.

Doch reicht dies aus, um den Sprung in die Regierung zu schaffen? Kaum. Gegen eine Wahl Zollingers sprechen allein schon die Zahlen: Der Wähleranteil der EVP liegt im Kanton zwischen 5 und 7 Prozent. Zudem verfügt die Partei nicht über die notwendigen finanziellen Mittel, um Zollingers Bekanntheitsgrad merklich zu steigern, zum Beispiel mit einer Plakat-kampagne im grossen Stil; bloss 5000 postkartengrosse Flyer mit Zollingers Kontext sind im Umlauf.

Der EVP-Mann muss tatsächlich auf ein Wunder hoffen.

Das politische Profil von Johannes Zollinger



Der Smartspider zeigt das politische Profil der Kandidaten auf Grund von Daten der Onlinewahlhilfe Smartvote. Der Wert 100 bedeutet starke Zustimmung zum jeweiligen Ziel, 0 bedeutet keine Zustimmung. Leserinnen und Leser können sich auf www.smartvote.ch über ein solches Profil erstellen lassen und mit jenen der Regierungsratskandidaten vergleichen. Der Smartspider basiert auf einem Modell der Soziologen Michael Herrmann und Heiri Leutold.

www.tagesanzeiger.ch/wahlen

STADT ZÜRICH

Verletzte nach Brand

Bei einem Brand an der Brauerstrasse im Kreis 4 hat eine Bewohnerin am Dienstagmorgen eine Rauchgasvergiftung erlitten. Was in der im 3. und 4. Stock gelegenen Maisonnette-Wohnung zum Brand führte, ist noch unklar. Das Feuer konnte zwar rasch gelöscht werden; weil es aber in den Hohlräumen unter dem Dach und bei den Fenstern weiter mottete, musste die Feuerwehr das Dach öffnen. Die Langstrasse zwischen Helvetiaplatz und Militärstrasse musste für drei Stunden gesperrt werden, teilte die Stadtpolizei mit. (thas.)

REGION

Kerze verursachte Brand

Wetzikon. – Eine umgefallene brennende Kerze hat am Dienstagvormittag zu einem Wohnungsbrand und einem Schaden von 80 000 Franken geführt. Obwohl die Feuerwehr den Brand im Wohnzimmer im vierten Stock des Mehrfamilienhauses rasch löschen konnte, entstand erheblicher Russ- und Rauchschaden. (thas.)

Notencheck für Lehrlinge

Zürich. – KV-Lehrlinge können mit Hilfe eines neuen Tools der KV Business School ausrechnen, ob und mit welchen Noten sie die Lehrabschlussprüfung bestehen. Der Lehrling muss dafür die bisherigen Erfahrungsnoten und die angestrebten Noten der Abschlussprüfung eingeben. Innert Sekunden wird seine Abschlussnote berechnet (www.kvz-grundbildung.ch). Um sich auf die Prüfungen vorzubereiten, können Lehrlinge unter anderem auch Abschlussprüfungen heruntergeladen. (sch)

Restaurant überfallen

Feuerthalen. – Ein bewaffneter, maskierter Mann hat am frühen Dienstagmorgen ein Restaurant/Cabaret an der Diessenhoferstrasse überfallen und 700 Franken erbeutet. Laut Kantonspolizei hielten sich morgens um fünf Uhr neben der 33-jährigen Wirtin noch zwei Gäste im Lokal auf. Nachdem der 190 cm grosse, schlanke Täter die Wirtin mit der Waffe bedroht und mit slawischem Akzent die Herausgabe des Geldes verlangt hatte, flüchtete er und versetzte einem der Gäste einen Faustschlag ins Gesicht. Hinweise nimmt die Polizei entgegen (044 247 22 11). (thas.)

Mitte März kommt das «neue» Moneo-Projekt

Zürich. – Das Projekt von Rafael Moneo für den Neubau eines Kongresshauses am See ist in den letzten Monaten überarbeitet worden. Am 14. März soll es nun der Öffentlichkeit präsentiert werden, wie die Zürich-Forum AG mitteilt. Anschliessend wird Baudirektorin Ursula Gut entscheiden, ob das bestehende Kongresshaus von 1939 aus dem Inventar der überkommunalen Schutzobjekte entlassen wird.

Stadt und Kanton seien Ende letzten Jahres übereingekommen, dass Gut mit ihrem Entscheid zu warten, bis die Überarbeitung vorliege, heisst es in der Mitteilung. Die notwendige politische Diskussion im Zürcher Gemeinderat und in der Öffentlichkeit könne nur qualifiziert geführt werden, wenn «ein verbindliches und funktionierendes Projekt» vorliege. Bei der Überarbeitung habe sich vor allem das Innere des Neubaus stark verändert, wie das bei solchen Prozessen üblich sei, erklärt Projektleiter Heini Brugger. Nach der Präsentation des Siegerprojekts im letzten Jahr waren vor allem die inneren Abläufe und die Verknüpfung von Tonhalle und Kongresszentrum kritisiert worden. (ak.)

Kantonsrat lehnt den Vorschlag der Spitalärzte ab

Zürich. – Die Gesundheitskommission des Kantonsrates will den Oberärzten nicht entgegenkommen. Darum beantragt sie dem Parlament, den Gegenvorschlag der Spitalärzte zum Honorargesetz abzulehnen. Laut einer Mitteilung tun das die 15 Kommissionsmitglieder einstimmig. Auch die Regierung lehnt den Ärztevorschlag ab. In beiden Gesetzesvorlagen wird geregelt, wie die ärztlichen Zusatzhonorare an den Spitalern verteilt werden sollen. Dabei geht es um 270 Millionen Franken. Im Juni 2006 hatte der Kantonsrat das Honorargesetz verabschiedet. Es sieht vor, dass die Hälfte der von den Ärzten erwirtschafteten Zusatzhonorare in die Spitalkasse fliessen – als Abgeltung für die Benutzung der Infrastruktur. Die andere Hälfte (135 Millionen) wird zu neun Teilen

in einen Klinikpool und zu einem Teil in einen Spitalpool gelegt. Aus dem Klinikpool sollen die Ärzte für ihre Leistung entschädigt werden – aber auch übriges Spitalpersonal. Wer wie viel bekommt, entscheiden nach Meinung des Kantonsrates die Klinikdirektoren. Einsprache gegen den Verteilmodus ist möglich. Das Geld aus dem Spitalpool soll an jene Ärzte im Spital verteilt werden, die selber keine Honorareinnahmen erwirtschaften können. Die Spitalärzte haben gegen diesen Gesetzesvorschlag das Referendum ergriffen und legen dem Volk ein ausformuliertes Gegengesetz vor. Im Wesentlichen unterscheidet es sich vom Honorargesetz in zwei Punkten. Wie das Geld aus dem Klinikpool verteilt wird, soll eine dreiköpfige Honorarkommission entscheiden. Darin

vertreten: der Chefarzt, ein leitender Arzt und ein Oberarzt – was faktisch einer Entmachtung der Chefärzte gleichkäme. Weiter wollen die Ärzte das Geld aus dem Spitalpool für die obligatorische Weiterbildung der Fachärzte verwenden. Die Kommission ist überzeugt, dass das Honorargesetz «gerechter und zeitgemässer» ist als der Gegenvorschlag. Verschiedene öffentliche Spitäler hätten sich bereits für das Honorargesetz ausgesprochen, teilte die Kommission mit. Die Referendumsvorlage wird am 26. Februar im Kantonsrat beraten. Er wird bloss eine Abstimmungsempfehlung erlassen. Voraussichtlich im November findet der Urnengang statt, sowohl über das Honorargesetz wie über den Gegenvorschlag, inklusive Stichfrage. (sch)

Schul- und Jugendheime rekurrieren

Zürich. – Die Jugendheime des Kantons lehnen sich gegen ein neues Finanzierungsmodell der Bildungsdirektion auf. Sie haben in den letzten Tagen beim Regierungsrat dagegen rekurrert. Grund für den Streit sind Sparmassnahmen. Der Kanton will seine Ausgaben für Kinder-, Schul- und Jugendheime auf 41 Millionen Franken einfrieren. Das System mit dem Namen «Modell 41» sieht eine pauschale Abgeltung für die Leistungen der Heim vor. Sie richtet sich aus einer Mindestauslastung und einem Stellenplan. Bisher gewährte der Kanton den Heimen eine Defizitgarantie. Die Heime kritisieren, das Modell gehe vom Gedanken des Wettbewerbs aus – in einem Bereich, wo es keinen Wettbewerb geben könne. Ziel könne und dürfe nicht

eine möglichst gute Auslastung, sondern eine möglichst gute Betreuung der Kinder und Jugendlichen sein. Wie Sergio Devecchi, Präsident des Fachvereins für Sozial- und Sonderpädagogik Integras, gestern erklärte, haben bisher 17 von 60 Heimen gegen die «Modell 41»-Verfügung beim Regierungsrat rekurrert. Die meisten anderen Heime würden die Rekurrenten ideell unterstützen. Ivo Talew, Chef des kantonalen Jugendamtes, reagierte mit Unverständnis: «Ich bin erstaunt und enttäuscht.» Sein Amt habe fast mit allen Heimen die Kostenrechnung gemacht. Keines müsse mit tieferen Staatsbeiträgen rechnen. Ziel des neuen Finanzierungsmodells sei ein Wechsel zu mehr unternehmerischem Denken in den Heimen. (sch)